

07/16

[Spendenkonto](#)
[Web](#)
[Kontakt](#)

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Liebe Freundinnen und Freunde

Mit diesem Rundbrief möchten wir Euch informieren und einen kleinen Überblick geben über die aktuelle Arbeit von uns, **borderline-europe**. Hier stellen wir neben Veranstaltungen einige Aktionen und Initiativen vor an denen sich **borderline-europe** beteiligt.

Viel Spaß beim Lesen!
Das borderline-europe-Team.

[Spendenkonto](#)
[Web](#)
[Kontakt](#)

Themen dieser Ausgabe

[Italien – Das Sterben geht weiter](#)

[Italien – NoFrontex days in Sizilien](#)

[Griechenland – Proti Stassi und Lesvos Solidarity](#)

[Situation von Geflüchteten in Griechenland](#)

[Türkei – HarekAct](#)

[Polen](#)

[Integrationsgesetz](#)

[KideM – Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Italien – Das Sterben geht weiter

In der Woche vom 23. bis zum 29. Mai sind um die 13.000 Geflüchtete in Italien **angekommen**. Aber es sind auch (mindestens) vier Schiffbrüche zu verzeichnen, UNICEF schätzt, dass es zwischen 600 und 1.000 Tote gegeben hat. Die Dunkelziffer könnte weitaus höher liegen. Ca. 48.000 Geflüchtete sollen in diesem Jahr angekommen sein. Bisher haben sich die Routen aufgrund der Balkan-Blockade nicht geändert, weiterhin kommen in Italien z.B. nur sehr wenige syrische Geflüchtete an. Angestiegen sind allerdings die Abfahrten aus Ägypten, einer noch gefährlicheren da weiteren Route, und auch aus der Türkei kommen immer wieder kleinere Boote in Kalabrien und Apulien an. Hauptherkunftsländer sind derzeit Nigeria, Eritrea, Gambia und Somalia. Problem bleibt jedoch weiterhin die absolut mangelhafte Unterbringungssituation. So sind z.B. unbegleitete Minderjährige, in der Mehrzahl Jugendliche aus Gambia, Nigeria, Guinea, von der Elfenbeinküste und aus dem Senegal, die nach der Ankunft nicht in den Norden transportiert wurden, gezwungen, illegalerweise und für unbestimmte Zeit in einem Hotspot (wie es in Lampedusa und Pozzallo) oder wie in Palermo in Notunterkünften der Caritas oder in bereits vollen Zentren auszuhalten. „Noch schlimmer ist es, wenn sie in defizitären Unterkünften untergebracht werden, die die eben voll-

jährig gewordenen von einem Moment auf den anderen auf die Straße setzen“, so Alberto Biondo von der Organisation Borderline Sicilia.

Ein weiteres großes Problem ist die wahllos wirkende Verhaftung von „Schleppern“ auf den Booten: „Es waren derer 16, zwei auf jedem geretteten Boot, Sündenböcke, die auf den Titelseiten der Presse präsentiert werden, und dazu 27 mögliche Zeug*innen für die Justiz.“ Eine Zusammenfassung unserer ersten Erfahrungen im Projekt zu „Schleppen - Schleusen - Kriminalisierung KideM“ finden Sie **hier**.

Ausführliche Informationen

Italien – NoFrontex days in Sizilien

„Wie kann sich Europa über Tragödien auf hoher See wundern, wenn die Botschaften Visa für unser Volk verweigern und die Maghreb-Staaten dazu zwingen, uns zu verfolgen? Unsere einzige Chance ist das Meer und die „Menschenhändler“ sind unsere Hoffnung, wenn wir in andere Länder fliehen müssen“ (Geflüchteter aus Mali). 184 Malier waren unter den mehr als 800 Menschen, die zwischen dem 18. und 19. April 2015 auf der Überfahrt von Libyen nach Italien in der Nacht ertranken. Mindestens 3.771 Menschen sind 2015 im Mittelmeer ertrunken. Gestorben für eine eu-

ropäische Strategie, wie zwei Forscher des Goldsmith College in London in einem **Bericht** über die Fakten vom 18. April 2015 zeigen. Sie analysierten auch interne EU Dokumente: trotz der Warnung der Grenzschutzagentur Frontex, dass das Ende der Mare Nostrum Mission zu einem deutlichen Anstieg der Todesfälle im Mittelmeerraum führen würde, wurde die italienische Regierung dazu angehalten, die Operation Ende 2014 zu beenden. Stattdessen startete Frontex eine eigene Operation, TRITON, die jedoch einen sehr kleinen Überwachungsrahmen (30 Meilen von der Küste entfernt) und eine völlig andere Zielsetzung hatte: Schlepper finden.

Vom 15.-18.4.2016 fanden in Catania und Palermo (Sizilien), einem neuen Frontex-Sitz für Mittelmeeroperationen, die NoFrontex Days gegen die Schließung der Grenzen und für Freiheit, Rechte, Würde und Sicherheit von Migrant*innen statt, denn Frontex ist vor allem ein Symbol der aktuellen Migrationspolitik. Gemeinsam mit Vertreter*innen der **2. Karawane für die Recht der Migrant*innen** (u.a. aus Mexico), Aktivist*innen und Verwandten von Vermissten aus Tunesien, Vertreter*innen des **Alarm Phones**, sizilianischen Aktivist*innen, borderline-europe und Borderline Sicilia wurde in Workshops der neue Guide **“Welcome to Italy“** vorgestellt. Außerdem wurde über das Hotspot-System und über mögliche Aktionen gegen die „Festung Europa“ diskutiert. Workshopberichte finden sich **hier**.

Griechenland – Proti Stassi und Lesbos Solidarity

Seit dem EU-Türkei-Deal hat sich die Situation auf der Insel Lesbos stark verändert. Die Zahl der Neuankommenden ist drastisch gesunken. Der Versuch Geflüchtete umgehend wieder in die Türkei zurück zu schieben funktioniert nur sehr begrenzt und um diese Rückschiebungen erst einmal zu verhindern, stellen fast alle mittlerweile einen Asylantrag. Die entsprechenden Verfahren, deren Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Prinzipien und internationalen Konventionen sehr fraglich ist, können mangels Kapazitäten auch nicht in dem Eiltempo durchgezogen werden wie geplant. Während der ersten Wochen dieses Verfahrens sind die Asylsuchenden in Moria interniert. UNHCR und Ärzte ohne Grenzen haben sich aus diesem Lager zurückgezogen, weil sie nicht durch ihre Mitarbeit Teil dieses menschenrechtswidrigen Systems sein wollen. Allerdings haben die Geflüchteten auch nicht die Möglichkeit die Insel zu verlassen, wie zu früheren Zeiten, und müssen dort unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Informationen über ihre Perspektive in den beiden Lagern Moria und Kara Tepe ausharren. Auch die in dem EU-Türkei Deal angestrebte schnelle Ablehnung der Asylanträge und die darauf geplante Rückschiebung in die Türkei, als angeblich sicherem Drittstaat, ist ins Stocken gera-

ten, da mittlerweile in mehreren Asylverfahren in der 2. Instanz festgestellt wurde, dass die Türkei genau diese Kriterien nicht erfüllt. Wie sich diese Situation weiter entwickelt ist zurzeit nicht vorzusagen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschlossen unser Projekt Proti Stassi erst einmal aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus werden wir in Kooperation mit [Lesbos Solidarity](#) in den nächsten Tagen das Refugee Support Center **“Mosaik”** für Flüchtlinge und die lokale Bevölkerung eröffnen,. Es ist ein angemietetes ehemaliges Universitätsgebäude in Mytilini, in dem Räume für Englisch und Griechisch Unterricht, für psychologische und Rechtsberatung, für Kinderbetreuung und diverse andere Aktivitäten zur Verfügung stehen.

[Ausführliche Information](#)

Situation von Geflüchteten in Griechenland

Seitdem die Balkan-Route am 8. März geschlossen wurde, sind schätzungsweise über 54.000 flüchtende Menschen in Griechenland gestrandet. 60 % von ihnen sind Frauen und Kinder und es gibt eine Vielzahl von Menschen, die spezielle Hilfe oder Zuwendung benötigen. In Griechenland leben sie nun in Camps oder eilig aufgestellten Zentren, in denen sowohl die hygienische Situati-

on, als auch die Überbelegung und Unterversorgung mit Lebensmitteln unzumutbar sind. Griechenland ist mit der Situation überfordert und die EU konzentriert sich darauf, Geflüchtete außerhalb ihrer Grenzen zu halten, anstatt auf eine Politik zuzusteuern, die Menschenrechte achtet und Menschen in Not hilft. Für die flüchtenden Menschen hat dies katastrophale Folgen, wie ein Bericht von Pro Asyl aufzeigt. Es kommt vermehrt zu Selbstverletzungen und immer mehr Menschen wollen in ihre Heimat zurück – obwohl dort nach wie vor Krieg und Verfolgung herrschen. Den ausführlichen Bericht gibt es auf Englisch [hier](#).

Türkei – HarekAct

Der dreisprachige (Englisch, Türkisch, Deutsch) Blog [HarekAct](#) wurde von Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen aus der Türkei, Österreich und Deutschland gegründet und steht in engem Kontakt zu Netzwerken und Organisationen wie [GAR](#) (Migration Researchers' Platform, Türkei), [Mülteci-Der](#), [kritnet](#) (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung), sowie [borderline-europe](#) und [bordermonitoring.eu](#).

Der Name ist eine Kombination aus dem türkischen Wort „hareket“ (Bewegung) und dem englischen Wort „act“ (handeln, aktiv werden). HarekAct soll zu einer kritischen und analytischen

Wissensproduktion zum Thema Migration im Allgemeinen, mit einem Fokus auf den Fall der Türkei, beitragen. Der Blog soll als kollektive Plattform für verschiedene Debatten und Fragestellungen zu Migration, Asyl und Grenzregime in der Türkei als auch im generellen europäischen Kontext soweit mit der Türkei verbunden, dienen. Gerade in Zeiten des EU-Türkei-Deals ist eine umfassendere kritische Analyse des türkisch-europäischen Grenzregimes dringend notwendig.

Polen

Im ersten Halbjahr stellten 4199 Menschen einen Asylantrag, elf Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Mehr als die Hälfte dieser Anträge wurde von russischen Staatsbürgern gestellt, die meisten (91 Prozent) von ihnen Tschetschenen. Es gab außerdem 1345 ukrainische Asylbewerber sowie 208 georgische Flüchtlinge. In diesem Jahr wurde bisher 273 Flüchtlingen Asyl gewährt, meist Syrern, Ägyptern und Irakern.

Polen ist für die meisten Geflüchteten aus unterschiedlichsten Gründen lediglich Transitland. Viele insbesondere tschetschenische Geflüchtete, versuchen weiter nach Deutschland zu gelangen, um dort ihr Asylverfahren durchzuführen. Aufgrund der DU Verordnung (d.h. das erste europä-

ische Land in dem man registriert wurde, ist zuständig für das Asylverfahren) kommt es immer wieder zu Rücküberführungen nach Polen. In nicht wenigen Fällen ist die Verzweiflung der Menschen (oftmals Familien) so groß, dass nach einer vollzogenen Rückschiebung die Betroffenen direkt versuchen wieder nach Deutschland zu gelangen, um einen erneuten Asylantrag zu stellen). Allein im letzten Monat wissen wir von drei Familien aus Brandenburg, und einer Familie aus Berlin, die rechtswidrig abgeschoben wurden. Nach Auskunft der jeweiligen Rechtsanwältinnen war die Überstellungsfrist für die Familien bereits abgelaufen, aber die Ausländerbehörde hat trotzdem abgeschoben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe die abgelaufene Überstellungsfrist nicht an die Ausländerbehörde weitergeleitet.

Umso wichtiger ist eine enge Kooperation mit NGOs, Kirchenvertreter_innen, Rechtsanwältinnen, Therapeut_innen und antirassistischen Gruppen aus Polen. Borderline-Europe e.V. pflegt diese Kontakte seit seiner Gründung und so wurden zwei Vertreter*innen zu dem von der Stefan Batory Foundation im April organisierten Refugee Forum nach Warschau eingeladen, um dort über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland und dem Umgang mit der Dublin Verordnung zu referieren. Bei der mit über 120 Personen, aus vielen verschiedenen europäischen Ländern, gut besuchten zweitägigen Konferenz wurden neue Kontakte geknüpft bzw. bestehende vertieft. Als

bedrückend schilderten die polnischen Vertreter*innen ihre Situation, so befindet sich im Moment die Finanzierung vieler Projekte im Flüchtlingsbereich in einer Warteschleife, und die Unsicherheit grassiert ob und wie es überhaupt weitergeht. Darüber hinaus werden auf verschiedenen Ebenen eingearbeitete Stelleninhaber durch der aktuellen Regierung näher stehende Personen besetzt. Es herrscht also eher ein Klima der Ungewissheit und der Angst, bei dem eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit Flüchtlingsorganisationen aus anderen EU-Staaten sehr hilfreich sein kann, und deswegen auf jeden Fall fortgeführt werden soll.

Integrationsgesetz

Das von der Bundesregierung beschlossene Integrationsgesetz trägt in vielen Punkten nicht zur Integration von Geflüchteten in Deutschland bei – nach Meinung vieler **Organisationen** gehen die Bestimmungen eher in Richtung Desintegration. Immer noch bestimmen Wohnsitzauflagen, an welchen Orten und in welchem Umkreis geflüchtete Menschen wohnen müssen und sich aufhalten können. Entgegen einem Urteil des Europäischen **Gerichtshof** verbietet das Gesetz geflüchteten Menschen die Freizügigkeit – und verwehrt ihnen damit grundlegende Rechte. Au-

ßerdem verhindert der zwanghafte Wohnort die freie Wahl von Arbeitsperspektiven und begrenzt damit die Chancen auf Integration. Neben der Wohnsitzauflage werden Geflüchteten künftig schneller mehr Leistungen gestrichen werden können, wenn sie beispielsweise nicht an einem der verpflichtenden Integrationskurse teilnehmen – ein Paradox, da die Bundesregierung gar nicht genug von diesen Kursen anbietet. Davon einmal abgesehen sollte die Unterstützung von Menschen in Notlagen nie unter das Existenzminimum fallen. Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis soll nun erst nach fünf Jahren vergeben werden. Diese Verlängerung sorgt für weitere Unsicherheit und erschwert langfristige Planung, welche für Integration unabdingbar ist. Auch der Plan der Bundesregierung, durch Ein-Euro-Jobs die Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, steht unter heftiger Kritik. Diese Jobs treiben geflüchtete Menschen in prekäre Arbeitsbedingungen und öffnen keinen Weg zum regulären Arbeitsmarkt. Insgesamt verschlechtern sich also die Bedingungen für Geflüchtete. Integration ist ein großes Ziel, dem wir mit diesem Gesetz nicht näher kommen. Pro Asyl schlägt stattdessen vor, „Flüchtlinge dezentral unterzubringen, mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, Asylsuchenden im Rahmen einer Altfallregelung eine Aufenthaltserlaubnis zu geben, sofern ihr Asylantrag seit einem Jahr nicht bearbeitet wurde und endlich die Integrations- und Sprachkurse für alle Asylsuchenden zu öffnen.“ [Ausführliche Informationen](#)

Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik – Schutzgewährung versus Grenzsicherung (KideM)

Im Rahmen des EU-Programms „Europe for Citizens“ führen Asyl in Not (A), borderline-sicilia (I) und borderline-europe (D) vom 1. 10.2015 bis zum 31.3.2017 ein Untersuchungs- und Veranstaltungsprojekt durch, in dem dieses Konfliktfeld jeweils in den einzelnen Ländern untersucht wird und die Ergebnisse in öffentlichen Veranstaltungen präsentiert und zur Diskussion gestellt werden. Nun ist der [erste Bericht](#) zum Projekt erschienen, in dem alle bisherigen Veranstaltungen und Diskussionen vorgestellt werden.

Termine

16. Juli 2016

Carlow

Rock an der Kirche, Benefizkonzert zugunsten von borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Zum siebten Mal finden sich engagierte Musiker,

Organisatoren und Helfer zusammen, um erneut am 16. Juli 2016 an der Carlower Kirche unentgeltlich ein rasantes [BENEFITZ – Open Air Festival](#) zu starten.

18. Juli 2016, 18 Uhr

Kiel, Landeshaus, Dükerbrooker Weg 70

„Neue Fluchtwege, Pakt mit einem Phantom?“

Mit dem (Merkel) EU-Türkei-Deal und der Schließung der Grenzen auf dem Balkan wurde dieser Zugangsweg für Schutzsuchende weitgehend versperrt. Aber natürlich werden diese sich neue Wege suchen um Schutz und eine menschenwürdige Lebensperspektive zu finden. Die EU verhandelt inzwischen mit einer von ihr in Libyen unterstützten Regierung und es ist zu befürchten, dass mit dieser ein ebensolcher Deal wie mit der Türkei abgeschlossen werden soll. Auch bei den Verhandlungen und den bereits bestehenden Plänen mit u.a. den Diktatoren im Sudan und Eritrea spielen menschenrechtliche Bedenken und die Einhaltung internationaler Konventionen keine Rolle mehr, Priorität hat die Abschottung der Grenzen um jeden Preis.

28. Juli 2016

An diesem Tag wird der Film [“Fuocoammare”](#) (deutscher Titel “Seefeuer”), der in diesem Jahr

den Goldenen Bären der Berlinale gewann, in die Kinos kommen. In diesem Dokumentarfilm folgt Filmemacher **Gianfranco Rosi** dem 12-jährigen Samuele, der auf Lampedusa lebt, in dessen Alltag. Und dieser ist zunehmend von den ankommenden und von den ertrinkenden Flüchtlingen geprägt, die auf der italienischen Insel stranden und auf ein besseres Leben hoffen. Ein Jahr lang beobachtete Rosi die Entwicklungen vor Ort.

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.